

→ **Die Europäische Union und eine andere Perspektive für Europa
(S. 406-411 u. 603–604)****Entwicklungen im Raum Europas und die Europäische Union**

Die sozialkapitalistische Strukturierung manifestierte sich in fortgeschrittenen Gestalten in der europäischen Staatenwelt. Dies nunmehr im Zusammenhang der - auf halbem Weg zu den realitätsfern imaginierten „Vereinigten Staaten von Europa“¹ - in Widersprüchen und Kompromissen verfangenen Einigungsbestrebungen. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen mehr als ein halbes Jahrhundert zurück: In der weltpolitisch extrem verspannten Nachkriegssituation wurde in Westeuropa, im atlantischen Hegemoniebereich der Vereinigten Staaten, das kontinentalräumliche Projekt einer europäischen Wirtschafts- und Staatengemeinschaft in militärisch flankierter Frontstellung gegen den damaligen Sowjetblock und auch aufgrund weltökonomischer Interessen der USA gestartet. Darin drückte sich auch der Wunsch nach endlich nachbarschaftlichen, dauerhaft friedlichen Beziehungen in Westeuropa aus. Die ausgelöste politisch-ökonomische Entwicklungsdynamik führte seit 1949 über Wirtschaftsverträge, später über die Herstellung eines Binnenmarkts mit den Verkehrsfreiheiten für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, weiter über die Gründung der Europäischen Union 1992 in Maastricht, die Realisierung der Eurozone 1999, bis zu einer weiter fortschreitenden Instituierung der EU durch den Vertrag von Lissabon, der 2009 im Kraft trat.

In diesen Zeitraum fällt der Zusammenbruch der Sozialismusexperimente in den Jahren 1989/90, die offizielle Auflösung der UdSSR und ein prozeduraler Wandel der Strukturen des Ostblocks, die sich teils immer noch als hartnäckig erweisen. In den sogenannten „postsozialistischen“ Ländern brach sich ein vielfacher Drang nach Westen Bahn und begann eine präzedenzlose kapitalistische Transition. Die Auflösung der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands durch ihren „Beitritt“ zur BRD im Jahr 1990 wurde als Befreiung erlebt, war aber zugleich der buchstäblich richtungweisende Akt einer Vereinnahmung (vgl. Dahn 2019) und später soziopolitischen Marginalisierung des deutschen Ostens: In den sich überschlagenden Ereignissen wurde die Chance für eine neue gesamtdeutsche Verfassung nach Artikel 146 GG blockiert. Es folgte ab 2004 die Osterweiterung der EU um insgesamt zwölf Staaten und schließlich das Vorrücken der NATO bis an die Grenzen Russlands.²

Die Vereinigung der zwei deutschen Staaten wäre ohne Zustimmung der damaligen Sowjetunion nicht möglich gewesen. Rückblickend ist es einer der folgenreichsten Schritte und vielleicht Fehlritte der neueren Geschichte, dass die UdSSR mit Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU, 1990 am Rande des Bankrotts stehend, einer NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands als Gegenleistung für einen Finanz- und Kreditbetrag von ca. 20 Milliarden D-Mark zustimmte. Somit wurde letztlich eine andere, die Fronten des Kalten Krieges wirklich auflösende Regelung im Zentrum Europas verhindert und Deutschland seiner spezifischen transatlantischen Bindung an den imperialen Hegemon USA überlassen. Gorbatschows eigene Idee von einem „gemeinsamen europäischen Haus“, einer demokratischen und friedlichen Zivilisation „vom Atlantik bis zum Ural“ (Gorbatschow 1987: 258-273) wurde damit begraben. Das Gelände wurde frei, nicht nur für die Entwicklung hin zu einer

¹ Lenin erklärte, eine föderative „Vereinigung der westlichen Länder“ bzw. die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter imperialistischen Vorzeichen wäre gegen die „allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung“ gerichtet und eine Gefahr für die Völker der Welt (1917: 852 ff.).

² Die dokumentarisch verbürgte, vom deutschen Außenminister nur mündlich gegebene Zusicherung, die NATO würde sich nicht nach Osten ausdehnen wurde dem Geiste des Versprechens nach gebrochen.

durch Teile Osteuropas erweiterten Europäischen Union (EU), sondern in Fernwirkung auch für die jetzige ‚transatlantische‘ Operation: Die geostrategische Provozierung eines neuen West-Ost-Konfliktes, einer erneuten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spaltung der europäischen Völkerschaften.³

Als Zentralorgan der EU wirkt ein „Rat“ bzw. Ministerrat aus Regierungschefs und Fachministern, der jeglicher höheren oder demokratischen Kontrolle enthoben ist. Der Vertrag von Lissabon schrieb mit der organischen Konstitution der EU eine neoliberale Wirtschaftsverfassung praktisch unverrückbar fest. Diese wird realisiert durch die „Kommission“ mit ihrem EU-Präsidenten und 32.000 Bediensteten, der allein Gesetzesinitiative zusteht. Gegebenenfalls wirkt der „Europäische Gerichtshof“ mit, EU-Recht gegen nationale Abweichungen durchzusetzen. Das alles signalisierte den Abschied von einer noch eher keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsphase: „Die Transformation der Europäischen Union in ein Vehikel der Liberalisierung des europäischen Kapitalismus“ hat aber schon früher begonnen (Streeck 2013a: 147, 151). Bereits der Unionsvertrag von Maastricht 1992 gab der Verwirklichung des angestrebten Binnenmarkts auf allen Feldern Auftrieb und festigte die zentrale Stellung der supranationalen Brüsseler Institutionen und Wirtschaftspolitik. „Als mit den Maastricht-Verträgen der Euro eingeführt und die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet wurde, entstand ein System, in dem sich die Durchsetzung strikter Haushaltsdisziplin und die Abschaffung der Volkssouveränität gegenseitig bedingen.“ (Anderson 2017).⁴ Es handelt sich nunmehr um eine ziemlich eigenartige Organisation der europäischen Staatengemeinschaft. Was auch als „Wertegemeinschaft“ beschworen wird, ist darauf angelegt, in dem eigenen, zwischen Nord und Süd, Ost und West zerklüfteten und auch konfliktanfälligen Ganzen eine rigide liberalistische Modernisierung⁵ voranzutreiben, den Verbund in dieser Form zu konsolidieren und in den internationalen Verhältnissen möglichst stark, das heißt auch für eine „entschlossene“ Außen- und Sicherheitspolitik zu positionieren.

Der Staatenverbund der EU, dem nach dem Austritt Großbritanniens bzw. „Brexit“ Ende 2020 noch 27 Länder angehören, möchte sich jetzt im Verhältnis zu den globalen Mächten USA und China möglichst eigenständig profilieren, ist aber noch durch Wirtschaftsbeziehungen und über das Militärbündnis der NATO mit den USA verkuppelt.⁶ Es handelt sich um ein „internationales Mehrebenenregime“ mit einer starken, selbsttätigen EU-Kommission und ihrer Bürokratie an der Spitze. In der speziellen institutionellen Konfiguration der EU verhandeln und entwickeln im „Rat der Europäischen Union“ Beamte der nationalen Regierungen Gesetzesvorhaben in mehr als 150 Arbeitsgremien und in tausenden Treffen „vertraulich“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der ganzen legislativen und exekutiven Apparatur assistiert eine politisch unabhängige, aber keineswegs neutrale, außerhalb gesellschaftlicher Kontrolle operierende Zentralbank (EZB). Deren Staatsfinanzkontrollen und Bankenaufsicht dient der Durchsetzung oder Absicherung des liberalistischen, finanzkapitalistischen Grundkurses. Diesbezüglich wirkt der Eurowährungsraum wie eine Zwingfessel für die beteiligten Gesellschaften. (Streeck 2013a: 147, 151, 240). Gegebenenfalls kommen die Troika, ein haushalts- und finanzpolitisches Kommandounternehmen von EZB, IWF und

³ Dazu passt eine entsprechende Beugung des Geschichtsbewusstseins: „Spektakulärer Höhepunkt des antirussischen Kampfes ist eine Resolution des Europa-Parlaments“ am 19. September 2019 „zur Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ (Bollinger 2020).

⁴ Zu den Unionsverträgen kommen Abkommen wie der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ und nachfolgende Maßnahmenbündel, darunter der „Fiskalpakt“ (2012) und die „Bankenunion“ (2014). Damit wurde eine Antwort auf die Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise gesucht. Dazu soll ab 2021 ein Corona-Hilfsfonds bzw. der „EU-Aufbauplan“ kommen. Dazu nimmt die EU erstmals selbst bis zu 800 Milliarden Schulden über Anleihen am Kapitalmarkt auf, rückzahlbar bis 2058, für die letztlich die Mitgliedsstaaten haften. Die Verordnung knüpft Auszahlungen an Finanzierungs- und Reformauflagen der EU-Kommission: So geht der „Mehrjährige Finanzrahmen“ (MFR) 2021-2027, bisher größtes EU-Budget, mit nie dagewesenen Schulden einher, verändert und bläht die europäischen Kapitalmärkte und intensiviert mit den erheblichen Finanzrisiken zugleich das neoliberale Oberkommando.

⁵ Auch die „neue strategische Agenda 2019-2024“ des Europäischen Rats ist nur ein modernisiertes und verklausuliertes Programm im Rahmen des neoliberalen Hegemonieprojekts EU. Die Kommission drängt die Mitgliedsstaaten immer wieder, Ausgaben für Gesundheitsversorgung sowie Altersvorsorge zu senken, Lohnwachstum zu unterbinden und Staatsausgaben für Sozialdienstleistungen zu senken.

⁶ Im praktisch kollaborativen Verhältnis zwischen EU und NATO wird die Aufrüstung forciert "In diesem Bereich haben wir in den letzten zehn Monaten mehr erreicht als in den letzten zehn Jahren", so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini im Vorwort zum „EU Global Strategie Year 1 report“, Juni 2017.

EU-Kommission oder Instrumente wie der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) zum Einsatz, um Krisenländer auf Kurs zu bringen. Im Verhältnis dazu weist das „Europäische Parlament“, eine „direkt“ gewählte Delegiertenkammer mit beratenden und bestätigenden Funktionen und ohne eigene Gesetzgebungsinitiative, eine verhältnismäßig „geringe Kompetenzausstattung“ auf (Streeck 2013a: 149).

Als zentrale Institutionalität in juristisch und praktisch festgezurrtter neoliberaler Fassung erscheint die EU als Hindernis und Gegner jeder an sich möglichen gesellschaftlichen Emanzipation auf dem kontinental erweiterten und innerlich spannungsreich verklammerten Terrain. Der britische Historiker Perry Anderson zog „aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine eindeutige Lehre“: Eine linke Opposition muss „von der Wahrscheinlichkeit ausgehen, dass die heutige EU als neoliberales Konstrukt sich nicht mehr von innen reformieren kann.“ (Anderson 2017). Zwar ringen im Europäischen Parlament, das sich im gewohnten Mitte-Links-Spielfeld bewegt, die Linkskräfte um größeren Einfluss, könnten aber niemals die Vertragsgrundlagen und kaum jemals das entsprechende Dirigat wesentlich ändern.

So bleibt zunächst festzuhalten, dass es eine latente, in der sozialstaatlich-infrastrukturellen Grundverfassung angelegte, transformative Potentialität gibt. Diese wird durch die Institutionalität der EU gedeckelt oder erstickt und durch den vorherrschenden Neoliberalismus und eine nationale „Politik des Konsolidierungsstaates“ (Streeck 2013a: 141-223) unterdrückt, während gegenläufige Anstrengungen zur Verteidigung des „europäischen Sozialstaats“ (Bourdieu 1998b) zunächst zu retten suchen, was zu retten ist. Worin liegt die Perspektive im weiter ausgelegten Horizont? Es wäre ein „dritter Weg zwischen Eurofetischismus und nationalstaatlichen Lösungen“ zu suchen (Wahl 2015): Ein konföderales Modell Europa, nicht als liberalistisches Dirigat über Blockstaaten, sondern „als Plattform für freiwillige horizontale Kooperation zwischen den europäischen Ländern“ und möglichst mit neuen sozialstaatswirtschaftlichen Lösungen, die zu erarbeiten „des Schweißes der edelsten Ökonomen wert“ wären (Streeck 2013a: 253).

Die multipolare Welt und eine andere Perspektive für Europa

Das primäre Thema einer solchen Wissenschaft der politischen Ökonomie“ im 21. Jahrhundert ist, über alle „Kritik“ hinaus, die „Überwindung des Kapitalismus“ oder Identifizierung einer höheren Gestaltbildung der Wirtschaft der Gesellschaft „Jenseits des Kapitalismus“ (vgl. Krätke 2006; Rasic 2020). Diese gesellschaftlich-geschichtliche Perspektive muss sich freilich auch der realen gesellschaftlichen und globalen Situation vergewissern: Es ist die „Gegenwart, in der allein Realität existiert“ (Mead 1969: 229 ff.). Als Resultat aus dem geschichtlichen Werden und Wandel zeigt sich die im Zuge der Globalisierung entstandene, im kapitalistischen Weltsystem vernetzte, nunmehr polyzentrische oder multipolare Welt. Diese weist sehr unterschiedliche Verhältnisse in allen Weltregionen und Weltgesellschaften und drei große Bewegungszentren auf: Die USA als kapitalistische Groß- und Hegemonialmacht, die sich aggressiv gegen ihren Niedergang sträubt, die Länder Europas im Bunde mit der selbst vorgeordneten liberalistischen Eurokratie sowie die asiatisch-pazifische Staatengruppierung einschließlich der Volksrepublik China: Das bevölkerungsreichste Land der Erde zeigt sich als neuartige politisch-ökonomische Formierung, die sich ihrer Größe und Kultur gemäß und im Zuge ihrer stürmischen, widersprüchlichen und unabgeschlossenen Entwicklung auch als Weltmacht positioniert.

Das Konzept der Wirtschafts- und Übergangsgesellschaften mit sozialkapitalistischen Grundstrukturen und einer nationalen Konstitution wirft auch Licht auf die komplexe Szenerie und Institutionalität der Europäischen Union: Diese ist in ihrer Fassung als gesellschaftlich abgehobenes „Mehrebenen-Regime“ darauf angelegt und durch Verträge darauf festgelegt, einen Groß- und Freiraum für die Kräfte der Markt-, Kapital- und Finanzwirtschaft zu bilden und sich so, auch aufgrund der Währungsunion der Euroländer, als ökonomisch-politischer Block und zunehmend mit militärischen Kapazitäten im Weltzusammenhang zu positionieren. Hinter der Proklamation von Einigung, Fortschritt, Freiheit und Frieden steckt in der Hauptsache eine Modernisierungs- und „Liberalisierungsmaschine“ (Streeck 2013a: 148 ff.), welche beharrlich gegen die noch vorhandenen Muster einer in erster Linie sozial verantwortlichen, demokratisch selbstbestimmten und somit souveränen Gesellschaftlichkeit arbeitet und auf diese Weise die in den involvierten Ländern vorhandenen Emanzipationspotentiale unterdrückt. Es handelt sich, immer unverhohlener, um die

Unterwerfung von sozialkulturell artenreichen Wirtschafts- und Kulturgesellschaften unter die Imperative der entfremdeten Ökonomie und die Vertiefung der Spaltung und der Spannungen in dem kontinentalen Raum, der einmal als „Haus Europa“ imaginiert war.

Was diesem Europa jetzt „wahrscheinlich am meisten“ fehlt, ist nicht eine Wirtschaftsregierung mit gesellschaftlich entrückter Kompetenzausstattung, das heißt eine zentralverwaltete Kapital- und Finanzwirtschaft, der durch Finanzhoheit und Freihandel möglichst weit reichende Gewaltspielräume verschafft werden. Was fehlt ist ein „theoretisch begründeter Utopismus“ oder die Arbeit am „kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie“ (Bourdieu 1998b: 9). In diesem Sinne läge die Emanzipationsperspektive europäischer Länder, jenseits des grundsätzlich verfehlten Konstrukts von Lissabon, in einer sozialstaatswirtschaftlichen Reorganisation und der Entwicklung einer entsprechenden inter-gesellschaftlichen Kooperative neuen Typs (vgl. Streeck 2013b; 2017). Einer solchen ökonomisch-gesellschaftlichen Transformation kommen nicht nur vielfältige und wachsende innere Widersprüche der herrschenden Praktikizität entgegen, sondern ein weltweit eingeleiteter und auch in Europa spürbarer Rückschlag der Globalisierung.

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. **2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage**, Norderstedt 2021. Auszug der Partien Entwicklungen im Raum Europas und die Europäische Union (S. 406-411) sowie Die multipolare Welt und eine andere Perspektive für Europa (S. 603-604). Seitenzahlen der 1. Auflage {123} Stand: 23.08.2021

Kontakt zum Autor: dr.horst.mueller@t-online.de

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de/>

Weitere Informationen zur Publikation:

https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm